

dung ab, daß Deutschland seine Zukunft nur durch das Bündnis mit den imperialistischen Westmächten garantieren könne. Sie verzichtete auf eine nationale deutsche Politik und setzte ihre Hoffnungen auf das deutsche und ausländische Monopolkapital, vor allem den anglo-amerikanischen Imperialismus. Während die rechten SPD-Führer demagogisch mit der Losung vom „Sozialismus als Tagesaufgabe" auftraten, hintertrieben sie in Wirklichkeit die Enteignung der Kriegsschuldigen, der Monopolherren und Großgrundbesitzer. Sie unterstützten die Neubildung der Unternehmerverbände sowie die Ausschaltung der Kommunisten aus den Landesregierungen in Westdeutschland.

Die herrschenden Kreise Westdeutschlands waren bestrebt, den Eindruck einer „antifaschistischen" Politik zu erwecken, indem sie die Entnazifizierung vortäuschten, den Opfern des Faschismus eine gewisse materielle Entschädigung gewährten und eine Reihe ähnlicher Maßnahmen durchführten, während in Wirklichkeit die Träger des Faschismus und der Kriegspolitik gedeckt sowie ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen wiederhergestellt wurden. Die rechten SPD-Führer unterstützten durch ihre Politik der Spaltung der Arbeiterklasse und der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie - vor allem durch ihr Eintreten für den Marshallplan - das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Zerreißung Deutschlands sowie die Verwandlung Westdeutschlands in einen Satellitenstaat des USA-Imperialismus und in die europäische Hauptbasis des aggressiven NATO-Paktes. In diesem Prozeß vollzog sich eine immer stärkere Verflechtung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer mit den Monopolen, von denen sie Aufsichtsratsposten und andere hochbezahlte Stellungen erhielten. Durch diese Korruption sowie den ständigen politischen und ideologischen Druck der Adenauer-Regierung auf die SPD- und Gewerkschaftsführer vertiefte das Monopolkapital die Spaltung der Arbeiterklasse und lähmte ihre Widerstandskraft.

Nach der Bildung des antinationalen, reaktionären Westzonenstaates stellten sich die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands prinzipiell auf den Boden dieses Staates und übernahmen die ihnen vom Adenauer-Regime zugewiesene Rolle der parlamentarischen Scheinopposition. In diesem Sinne traten die rechten SPD-Führer in Worten zwar gegen die Remilitarisierung auf, aber in der Tat waren sie mit allen Mitteln bemüht, die Arbeiterklasse und alle anderen friedliebenden Kräfte vom aktiven Kampf dagegen abzuhalten. Besessen vom Antikommunismus, widersetzten sie sich allen Angeboten zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und allen Verständigungsvorschlägen der Deutschen Demokratischen Republik -